



Ursula und Michael Sladek von den Elektrizitätswerken Schönau beim Interview

Die Energiewende gelingt nur mit dezentralen Strukturen

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossene Sache, aber ebenso wie Fukushima längst aus den Schlagzeilen verschwunden. Was ändert sich nun wirklich in unserem Land? Für eine echte Wende muss noch viel getan werden, meinen die Schönauer Stromrebelln.

FABRIK-Rundbrief: Der Atomausstieg ist perfekt, erneuerbare Energien werden massiv gefördert, jeder große Energieversorger hat plötzlich Ökostrom im Angebot. Haben Politik und Wirtschaft die Lehren aus Fukushima gezogen?

Michael Sladek: Schön wär's. Aber der Atomausstieg, den die Bundesregierung jetzt beschlossen hat, stellt lediglich die

von Rot-Grün verabschiedete Situation wieder her, die bis vor eineinhalb Jahren galt und dann von Schwarz-Gelb wieder gekippt wurde. Eine wirklich positive Folge von Fukushima dagegen ist, dass es in Deutschland jetzt erstmals ganz deutlich belegbar einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit des Atomausstiegs gibt. Davor konnte auch die

Bundesregierung die Augen nicht mehr verschließen ...

... und nahm prompt acht Atomkraftwerke vom Netz. Das klingt doch nach einer guten Nachricht ...

Ursula Sladek: Zumindest ist es ein positives Signal. Zum einen, weil es ein Umdenken der Regierung andeutet, aber

auch, weil damit klar wurde, dass Atomkraftwerke keineswegs unentbehrlich sind: Nirgendwo ging wegen ihres Fehlens das Licht aus! Die Frage ist jetzt nur, was man mit dieser Erkenntnis anfängt. Da gibt es momentan noch wenig Anlass zum Optimismus.

Aber überall bei den Befürwortern der Erneuerbaren ist doch eine starke Aufbruchstimmung spürbar?

Michael: Was die Bundesregierung nach Fukushima beschlossen hat, ändert trotzdem nichts an den bestehenden Strukturen des Energiemarktes. Solange die Politik nicht gezielt auf eine Veränderung dieser Strukturen hinarbeitet, dürfte der endgültige Atomausstieg bis zum Jahr 2022 kaum zu realisieren sein.

Was steht im Weg, der politische und der gesellschaftliche Wille sind doch formuliert?

Michael: Die vier großen Energieversorger. In Deutschland steht für die zurzeit viel Geld auf dem Spiel. Man darf nicht vergessen: Ihre AKWs sind regelrechte Gelddruckmaschinen. Deshalb fordern sie von der Politik jetzt vehement einen Ausgleich für die Gewinne, die ihnen die Produktion von Atomstrom bislang garantierte. Die Bundesregierung geht auf diese Forderungen ein, indem sie gezielt die zentralistischen Strukturen stützt, die die Stromerzeugung in der Hand weniger Großunternehmen bündelt. Im Fokus stehen dabei vor allem Großkraftwerke, Modelle der dezentralen Stromerzeugung und -verteilung dagegen bleiben völlig außer Acht. Und das Erneuerbare-Energien-Gesetz verschärft diese Situation noch.

Inwiefern, es wird doch gerade sehr viel Geld in die Förderung von Offshore-Windanlagen gesteckt oder in Desertec-Programme für die Solarstromproduktion in der Wüste?

Michael: Sicher, auf den ersten Blick wirkt das vernünftig. Auch die Geothermie erhält massive Unterstützung – und das, obwohl bislang nur ein oder zwei Anlagen wirklich funktionieren und derzeit noch völlig unklar ist, ob Geothermie überhaupt einen Beitrag zum Atomausstieg leisten kann. Genau das ist das Problem: Während

das meiste Geld momentan in Großtechnologien fließt, fallen Binnenland-Windanlagen und die Photovoltaik zunehmend aus der Förderung heraus. Das dezentrale Potenzial der Kraft-Wärme-Kopplung, also größerer und kleinerer Blockheizkraftwerke, die bei einem gezielten Ausbau von Nahwärmenetzen bis zu 40 Prozent des Stroms abdecken könnten, liegt absolut brach.

Mit anderen Worten: Die Energiewende hat gerade erst begonnen, und schon geht es in die falsche Richtung.

Ursula: Ja, das muss man leider so sehen. Nehmen wir zum Beispiel die großen Hoffnungen, die die Bundesregierung gegenwärtig in die Offshore-Windlagen setzt. Um den Strom von der Küste zu den Verbrauchern zu bringen, müsste als erstes das Stromnetz deutlich ausgebaut werden. Aber hätten wir damit irgendetwas gewonnen? Nein. Denn abgesehen davon, dass dieser Ausbau auch ohne den zu erwartenden Widerstand aus der Bevölkerung Jahre bräuchte, stünden wir am Ende trotzdem vor der gleichen Situation wie heute: das Stromnetz wäre immer noch in der Hand weniger großer Unternehmen. Daran lässt sich ablesen: das Ausstiegsmodell der Bundesregierung beschränkt sich auf den Ersatz einer Großtechnologie, der Atomenergie, durch eine andere Großtechnologie. Strukturell ändert sich dadurch nichts.

Wenn der Umstieg technologisch machbar ist, was weist darüber hinaus?

Michael: Das ist der entscheidende Punkt. Bei all den technologischen Fragen, die die Energiewende aufwirft, darf man ihre gesellschaftspolitische Dimension nicht außer Acht lassen. Fukushima hat uns vor allem eines gezeigt: die Zentralisierung der Energieversorgung in den Händen einiger weniger Großunternehmen schafft Abhängigkeiten, die sich im Ernstfall schnell zu einer Gefahr für die gesamte Gesellschaft auswachsen. Damit wird die Energiefrage im Kern auch zu einer Frage des demokratischen Selbstverständnisses: Wie wollen wir leben? Wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft? Den Zentralismus können wir nur durch einen quali-

tativen Strukturwandel überwinden. Das bedeutet: Statt in Großtechnologien und die Erweiterung zentraler Netze zu investieren, muss der Ausbau kleiner, dezentraler Strukturen vorangebracht werden. Und das geht nur mit Bürgerbeteiligung.

Das bedeutet, die Bürger übernehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen die Verantwortung für die Energieversorgung?

Ursula: Genau. Die Energieerzeugung und die Energieverteilung müssen zu einem System umgebaut werden, das nicht mehr wie bislang die Interessen weniger Großunternehmen bündelt, sondern im Dienste aller steht. Partizipation heißt, dass die Bürger gleichermaßen Stromkonsumenten und Stromproduzenten sind. Genutzt wird dafür, was vor Ort an regenerativen Energien vorhanden ist: Wind, Wasser, Sonne, Kraft-Wärmekopplung. Intelligente, dezentrale Stromnetze machen es heute schon möglich, Produktion und Verbrauch in ein optimales Verhältnis zu bringen, um auch bei Stromspitzen weitgehend unabhängig von Zukäufen zu sein. Die technische Machbarkeit dieses Konzepts erarbeiten wir derzeit in einer gemeinsamen Studie mit der Fachhochschule Offenburg.

Michael: Hinzu kommt, dass viele Kommunen inzwischen ein großes Interesse daran haben, die Energieversorgung gemeinsam mit ihren Bürgern in die Hand zu nehmen. Und es funktioniert: In Titisee-Neustadt übernehmen ab Mai 2012 die neu gegründeten Stadtwerke das örtliche Stromnetz von der EnBW-Tochter Energiedienst. Das Besondere daran: Gesellschafter dieser Stadtwerke sind die Gemeinde, die Elektrizitätswerke Schönau und die Bürger, die sich zu einer Genossenschaft zusammengetan haben, im Aufsichtsrat sitzen und natürlich die gleichen Rechte haben wie alle anderen Anteilseigner auch.

Das setzt bei den Bürgern ein großes Engagement voraus. Ist das realistisch?

Michael: Den Ball spiele ich gerne zurück: Die FABRIK in Freiburg ist entstanden, weil Menschen etwas wollten. Richtig?

Ja, sogar viele ganz unterschiedliche Menschen ...

Michael: Und – war das realistisch? Natürlich war es das, weil sich ein ganz neues und ziemlich gutes Lebensgefühl damit verbindet, wenn du die Versorgungsmentalität hinter dir lässt und die Dinge selbst in die Hand nimmst, die du bewegen möchtest. Bei unseren Kunden ist das ein sehr wichtiger Aspekt. Vielen reicht das gute Gefühl nicht, einfach nur sauberen Strom zu beziehen. Sie wollen das noch bessere Gefühl haben, selbst an der Stromproduktion beteiligt zu sein. Dafür investieren sie nicht nur Zeit, sondern oft auch Geld. Als wir 1997 die EWS Genossenschaft gründeten, verfügten wir über 1,5 Mio. Mark Eigenkapital. Heute steuern wir auf die 10 Mio. Euro zu – und das ganz ohne Werbung. Schon allein daran lässt sich ablesen, welch enormes Potenzial im Ausbau dezentraler, partizipativer Strukturen steckt.

Aber geht das auch mit der Stromindustrie? Welches Interesse sollte sie an einer solchen Umstrukturierung haben, die faktisch auf eine Einschränkung ihrer Macht hinausläufe?

Ursula: Das ist sicher eine der großen Herausforderungen: Wie können wir die Großen an diesem Wandel beteiligen? Fest steht: Ohne sie wird es nicht gehen, da sie sonst immer Sand ins Getriebe streuen werden. Aber geht es wirklich mit ihnen?

Michael: Das halte ich für ausgeschlossen. Das beste Beispiel dafür ist die EnBW. Glaubt man ihrem Vorstandsvorsitzenden Hans-Peter Villis, dann steckt der Konzern derzeit in einem großen Umbruch – weg vom Atom- und Kohlestromkonzern, hin zu einem blitzsauberen Ökostromunternehmen. Leider hat er ein Problem: Es glaubt ihm keiner. Und das zu Recht. Ökologische Wirtschaft ist immer dezentral organisiert, ohne das geht es nicht. Wie soll da ein Unternehmen wie die EnBW, das derart fest an den alten Strukturen hängt, den ökologischen Wandel schaffen? Durch frisches Personal in den Führungsetagen? Wohl kaum.

Wie wir dich kennen, hast du sicher einen besseren Vorschlag ...?

TSCHERNOBYL 25 expeditionen

Im letzten Rundbrief haben wir die „expeditionen“ vorgestellt, in der zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl in sechs europäischen Städten viele Veranstaltungen organisiert wurden. Die Reihe endet jetzt mit einer großen Ausstellung im Augustinermuseum in Freiburg.

Die Region um Tschernobyl ist heute die „Verbotene Zone“, strahlenverseucht, auf Jahrtausende unbewohnbar. Aber die Region Polissja war jahrhundertlang eine blühende Region, Zentrum für viele Nationalitäten und unterschiedlichste Glaubensrichtungen, bis hin zum Rückzugsort für russische Partisanen.

Die Ethnologische Sammlung zeigt intensive Einblicke in die Geschichte von Land und Leute, Fotografien, die bei Expeditionen in die Verbotene Zone entstanden, Alltagsgegenstände und Zeichnungen aus der Zeit Napoleons.

18.12.2011 - 18.3.2012, Di - So, 10 - 17 Uhr
Augustinermuseum Freiburg

Michael: Ja, es hilft nur ein gründlicher Umbau. Man müsste die EnBW filetieren und ihre einzelnen Teile dezentral aufstellen. Stromerzeugung und -verteilung gehören in die Hand der Bürger und der Kommunen. Doch da haben wir jetzt ein Problem, und dessen Lösung liegt bei den Grünen: seit sie in der Landesregierung sitzen und quasi über Nacht zu Miteigentümern der EnBW wurden, ist es fraglich, ob wir sie noch auf unserer Seite haben. Ich beneide die Grünen nicht um dieses Erbe. Entscheidend ist jetzt aber, was sie damit machen. Nach dem rasanten Wertverlust des Unternehmens um fast 30 Prozent sollten sie den Mut finden, die Strukturfrage endlich neu stellen. Sie betonen es ja selbst immer wieder: Die Zukunft gehört der Vielfalt.

Trotz Fukushima und dem Regierungswechsel im Land scheint das in der breiten Öffentlichkeit bislang aber noch nicht so

richtig angekommen zu sein.

Ursula: Ich würde das nicht so negativ sehen. Man kann momentan ganz erstaunliche Veränderungen beobachten. Die gleichen Leute zum Beispiel, die noch vor ein einem halben Jahr gesagt haben: Windenergie im Schwarzwald? Auf keinen Fall!, die sagen heute: Wir brauchen die Windenergie – und zwar sofort! Plötzlich werben Bürgermeister und Landräte dafür, das Thema hat eine hohe Medienpräsenz und die Menschen sind überzeugt davon, dass es ohne ökologische Energiewende keine Zukunft gibt.

Michael: Ohne Fukushima wäre das sicher nicht so schnell gegangen. Das ist einerseits gut – andererseits aber auch sehr bitter. Fast könnte man meinen, dass sich Menschen nur in GAU-Einheiten verändern. Vor 25 Jahren machte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die Gefahren der Atomkraft mit einem Schlag deutlich. Mit der Angst wuchs bei Teilen der Be-

völkerung erstmals das Interesse an der Nutzung regenerativer Energien. Ein Umdenken kam in Gang. Aber es reichte nicht. Es brauchte einen zweiten GAU, Fukushima, um in Deutschland und der Schweiz endlich die gesellschaftliche Ächtung der Atomkraft zu bewirken. Frankreich und die USA sind davon noch weit entfernt, und man fragt sich, ob es auch dort erst zur Katastrophe kommen muss, damit die Menschen daraus lernen. Was wäre das für ein Zynismus!

Die Japaner stehen nun genau vor dieser Situation. Wie groß schätzt ihr die Chancen ein, dass die Katastrophe dort nicht bloß als Kollateralschaden einer energieintensiven Industrienation im globalen Wettbewerb verbucht wird, sondern tatsächlich einen Bewusstseinswandel bewirkt?

Ursula: 2002 waren wir in Japan auf Vortragsreise. Wir hatten Kontakt zu vielen Bürgerinitiativen, die sich damals schon



Am 12. April 2011 erhielt Ursula Sladek in San Francisco den Goldman Environmental Prize. Die mit 150.000 Dollar dotierte Auszeichnung, die als Öko-Nobelpreis gilt, wird jährlich an sechs Menschen vergeben, die ein hohes persönliches Risiko für den Umweltschutz eingegangen sind.

Nach der Preisverleihung in Kalifornien lud US-Präsident Barack Obama die Ausgezeichneten zum Besuch ins Weiße Haus in Washington. Versteht sich, dass Ursula Sladek nicht ohne Geschenk kam ...

„Ich dachte mir, wenn ich schon mal bei Obama eingeladen bin, dann will ich ihm nicht nur die Hand schütteln – er soll auch etwas von meinem Besuch haben. Also habe ich kurz vor meinem Abflug unsere „100 gute Gründe gegen Atomkraft“ ins Englische übersetzen lassen. Leider hat die Zeit nicht mehr gereicht, ein schön gebundenes Buch daraus zu machen, aber ein schöner Ausdruck tut's ja auch. Den habe ich dann ins Weiße Haus geschmuggelt, vorbei an al-



len Kontrollen. Als wir schließlich vor dem Oval Office standen, fragte ich eine Mitarbeiterin, ob ich Obama diese Papiere geben dürfe. Sie starrte auf die Blätter und fragte: Sind die kontrolliert worden? Ja klar, sagte ich, logisch! Und so

stand ich wenige Minuten später an Obamas Schreibtisch im Oval Office, erklärte dem Präsidenten, dass es kein Problem sei, aus der Atomenergie auszusteigen und trotzdem das Klima zu schützen und übergab ihm unsere „100 Guten Gründe“. Das war schon ein ganz besonderes Gefühl ... Ob er sie gelesen hat? Wahrscheinlich nicht. Er hatte andere Probleme an diesem Tag. Er wirkte müde und kaputt, nachdem am Morgen die Haushaltsdebatte gescheitert war und die Regierung kurz vor der drohenden Entlassung ihrer Angestellten stand. Government shutdown nennt sich das ... ein unglaublicher Vorgang! Am Ende gab es dann noch ein Erinnerungsfoto mit Obama.“

gegen Atomkraft engagierten und sich jetzt verstärkt international vernetzen. Viele von ihnen kamen in den letzten Monaten wieder auf uns zu und baten um Unterstützung. Man darf nicht vergessen, dass die japanische Anti-AKW-Bewegung noch ganz am Anfang steht. Bislang machte sich dort kaum jemand Gedanken über die Gefahren der Atomkraft. Erst nach Fukushima sind die Menschen aufgewacht, und es sind vor allem Frauen, die aktiv werden. Im Januar wird in Tokio jetzt erstmals eine große Anti-Atomkonferenz stattfinden und ein japanischer Verlag wird unsere „100 guten Gründe gegen Atomkraft“, mit denen wir seit 2009 für den Atomausstieg werben, in japanischer Übersetzung kostenlos unter die Leute bringen. Ob und wann diese Bewegung in Japan Erfolg haben wird, ist noch ungewiss. Sicher ist aber: Sie haben die Empirie auf ihrer Seite. Vor ein paar Jahren veröffentlichte Greenpeace eine Studie, die belegt, dass Japan seinen

enormen Strombedarf zu 100 Prozent aus regenerativen Energien decken kann. Die aktuelle Atomkrise bestätigt das: von den 54 AKWs, die es in Japan gibt, sind zurzeit 44 wegen technischer Mängel oder Wartungsarbeiten abgeschaltet – und trotzdem gehen die Lichter in Tokio nicht aus und die Industrie produziert weiter.

Können Sie zum Abschluss einen Blick in die Zukunft wagen?

Ursula: Bei allen Problemen, die ich sehe, sollten wir Fukushima als Chance begreifen. Die Menschen wollen sich nicht länger vorschreiben lassen, mit welchen Gefahren und in welchen Abhängigkeiten sie leben sollen. Der Zug hat seine Fahrt aufgenommen. Wenn wir jetzt den Ausbau dezentraler Strukturen in der Energieversorgung vorantreiben, dann stärken wir damit nicht nur die lokale Wertschöpfung sondern erschließen zugleich einen gigantischen Zukunftsmarkt für neue Technolo-

gien. Die Entwicklung intelligenter Netze ist da nur ein Beispiel.

Michael: Ich bin mir sicher, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis auch Politik und Wirtschaft auf diesen Weg einschwenken werden. Ob ich das noch erlebe, ist eine andere Frage. Aber um im Bild zu bleiben: Der Zug ist losgefahren und hat an Geschwindigkeit zugelegt. Jetzt müssen wir nur darauf achten, dass die Weichen richtig gestellt werden.



Spätestens seit dem Atomausstieg ist deutlich geworden, dass die Solarenergie den Durchbruch geschafft hat. Nicht nur die immer ausgereiftere Erzeugung von Energie durch Sonnenkraft, sondern auch durch ihre viel-

fältigen Anwendungsmöglichkeiten ist die Solarenergie eine der wichtigsten Alternativen zur atomaren oder fossilen Energieerzeugung.

In seinem gerade erschienenen Buch „Solare Zeiten“ beschreibt der Freiburger Journalist Bernward Janzing die Geschichte der Solarenergie. Von frühesten Überlegungen zum Einsatz in der Raumfahrttechnik bis zur heutigen facettenreichen Nutzung spannt sich ein weiter Bogen an Industriegeschichte, die gleichwohl erst ermöglicht wurde durch Bürgerinitiativen und politisch engagierte Bastler.

Atomkraftgegner, Forscher, Politiker und Unternehmer haben einen Wirtschaftszweig ins Laufen gebracht,

der heute Milliardenumsätze schreibt und einen der Wege in die Energieerzeugung der Zukunft aufzeigt.

Janzing erzählt in seinem Buch die einzelnen Geschichten von technischen Fortschritten, politischen und ökonomischen Hemmnissen immer zugleich mit den Biographien Einzelner. Manches wirkt aus heutiger Sicht anekdotisch, wie die Geschichte des ersten fahrbaren Solar-Ofens, der auf den ersten Blick wie ein Open-Air-Plattenspieler anmutet. In Erinnerung gerufen wird beispielsweise, dass Rolf Disch 1987 Weltmeister bei der „Tour de Sol“ war. Die Verdienste vieler unermüdlicher Bastler und Vorantreiber werden gewürdigt, etwa die von Werner Mildebrath, Elektriker aus Sasbach im Kaiserstuhl, der die Sasbacher Sonnentage ins Leben rief. Die Sonnentage wurden über den Umweg der „Öko-Messe Freiburg“ zur Intersolar, der weltweit größten Fachmesse für Solartechnik.

Das Buch ist voll von solchen Geschichten, kurzweilig und informativ, dazu reich bebildert. Zum Schmökern oder in einem Rutsch Durchlesen, fürs Erinnern und fürs Vorwärtsschauen.

Bernward Janzing, Solare Zeiten, 192 Seiten, Picea Verlag, 24 Euro